



**Robert Gehrke**

1. Januar 1892 - 19. Mai 1972

Wie Anna Beddies ist auch Robert Gehrke ein Braunschweiger Urgestein. Aufgewachsen ist er im Käthgenhagen, Nähe Werder. Dort ist er bis 1916 gemeldet, danach in der Arndtstraße. Beide Standorte waren Zentren der revolutionären Arbeiterschaft Anfang des letzten Jahrhunderts.

Nachname: Gehrke

Vornamen und Stand: Robert, Ingenieur (Kaufmann)  
W. v. d. W. Robert (Jung-G.)

Zu- und Vorname, Stand oder Gewerbe.	Geburts- tag u. Jahr.	Geburtsort. (Stadt, Provinz)	Einwohner- büchse frei.	Religion	Tag des Tauf- tags.	Wohnung.	Bemerkungen. (Militärdienst, Disziplin, Kriegsverdienst etc.)
Gehrke Kaufm.	1/1.92	W. v. d. W.			1/1.92	W. v. d. W.	
Maria geb. Hültrich	24.3.01				24.3.01	W. v. d. W.	
Angelborg	14.6.02				14.6.02	W. v. d. W.	
Anna geb. F. v. d. W.	2.12.05				2.12.05	W. v. d. W.	

### Jugend...

Bis 1906 besucht er die Bürgerschule, lernte dann Dekorateur und Tapezierer. 1907 ist er Mitbegründer des Bildungsvereins jugendlicher Arbeiter, gehört dort dem paritätischen Jugendausschuss an. Noch unter illegalen Bedingungen wurde hier politisch diskutiert, Aktionen beraten und beschlossen. Zwei Jahre später tritt er in die Sozialdemokratische Partei ein.

1914 wird er eingezogen. Als Parteivorstand und Reichstagsfraktion seiner Partei die Kriegskredite im Reichstag bewilligen und den Kriegskurs des kaiserlichen Deutschlands unterstützen, schließt er sich 1916 im Rahmen der „Spartakusgruppe“<sup>1</sup> der USPD an. Ein Schritt, dem viele andere, wie August Merges und Minna Fasshauer, folgten.

Aus der umfangreichen Biographie über ihn (Manuskript von Robert Seeboth), ist nicht ersichtlich wann Robert Gehrke eingezogen wird. Bekannt ist, dass er schwer verwundet 1916 nach Braunschweig zurückkehrt. Seinen erlernten Beruf kann er mit einer zerschossenen und verkrüppelten Hand nicht mehr ausüben. Seinen Lebensunterhalt verdient er als Werkstattsschreiber bei Karges und Hammer.

<sup>1</sup> Gruppe um Karl Liebknecht. Entstanden aus Protest gegen die Politik der SPD. Aus ihr ging 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands hervor.

### ...im Krieg...

Im Frühjahr 1916 wurde, gestützt auf die Erklärung des Kriegszustandes, der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand sowie anderer Bestimmungen, „... eine Beschränkung der Freiheit unserer Jugend, auch in der Verfügungsgewalt über ihren Arbeitsverdienst“ verlangt.<sup>2</sup> Diese Erklärung und der Kampf gegen die geplante Maßnahme sind als Sparzwangstreik in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen. Sowohl an der Planung als auch an der Durchführung des Streiks ist Robert Gehrke führend beteiligt. Nachdem die Verordnung zum Zwangssparen durch die konsequente Haltung der Jugendlichen wieder außer Kraft gesetzt war, mussten auch alle anderen Militärbezirke des Reiches folgen.<sup>3</sup>

### ...und gegen den Krieg

Verstärkt politischen Charakter hatten die Liebknecht-Streiks, die Robert Gehrke mitorganisierte und an denen 8 000 ArbeiterInnen aus allen Braunschweiger Betrieben beteiligt waren. Eindeutig antimilitaristisch waren die Streiks im November 1916 und 1917 (Freilassung Liebknechts), der Munitionsarbeiterstreik und schließlich der Generalstreik im Juli 1917. Alle Auseinandersetzungen gehen auf das Wirken der Gruppe um Merges, Faßhauer, Gehrke und Sachs zurück. Als „Spartakusgruppe Braunschweig“ hatte sie sich der USPD angeschlossen. Bei allem spielte Robert Gehrke keine geringe Rolle. Für seine weitere politische Tätigkeit war dieser Lernprozess ausschlaggebend.

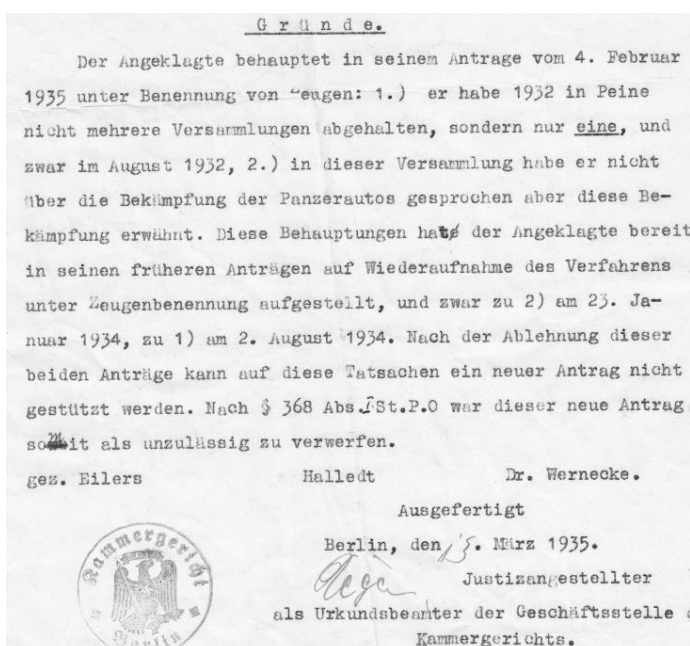
### Es reicht!

Im November 1918 ist er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Braunschweig und gehört der Räteregierung in Braunschweig an, zuständig für die Presse. Zusammen mit Rudolf Sachs nahm er als Delegierter der Braunschweiger Spartakusgruppe 1918 am Gründungskongress der KPD teil.<sup>4</sup>

Ende März 1919 wird unter Mitwirkung von Robert Gehrke, Walter Wehe, Paul Gmeiner, Rudolf Sachs, Rudolf Claus u. a. auf einer Versammlung am 25. März 1919 im „Fürstenhof“ die KPD Braunschweig gegründet, in der etwa 400 Besucher in die KPD eintreten. In den politischen Wirren nach dem Kapp-Putsch verlässt er 1927/1928 wie viele andere die KPD und schließt sich der KAPD an.

### Faschismus

1933 wird er verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Strafe verbüßt er in Hameln. Von dort aus geht er gegen die Anklage mit Hilfe eines Anwalts formal vor, aber ohne Erfolg. Über die Gründe seiner Verhaftung können nur Vermutungen angestellt werden. Stichworte über seine Versuche, Widerstand zu organisieren, dokumentiert ein Gerichtsbeschluss vom 15. März 1935:



<sup>2</sup> Diese Anordnung führt zum „Sparzwangstreik“ der erfolgreich beendet wird.

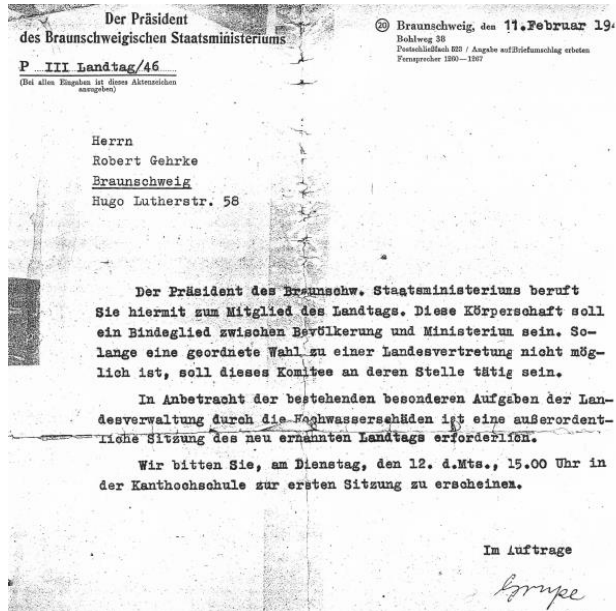
<sup>3</sup> Gleichlautend hatten auch alle Militärbezirke des Deutschen Reiches ähnliche oder gleichlautende Verordnungen erlassen.

<sup>4</sup> Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Dietz Verlag Berlin 1972. Seite 145.

Anschließend wird er für 10 Jahre in das KZ Dachau verbracht. Dokumente über diese Zeit sind verschollen.

## Befreiung...

Nach der Befreiung vom Faschismus wird er im Februar 1946 von der englischen Militäradministration in den Ernannten Landtag berufen. Er gibt eine Erklärung ab, in der er seine Vorstellungen von einer antifaschistischen und friedlichen Zukunft erläutert s.u. (der besseren Lesbarkeit wegen abgeschrieben).



## ...für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung

Seine politische Arbeit beginnt zunächst wie die von Walter Wehe und anderen in der Antifaschistischen Aktion Braunschweig, die aus der Illegalität an die Öffentlichkeit getreten war. Nach Wiederezulassung der demokratischen Parteien wird er mit der Leitung des Unterbezirks der KPD betraut. Einige erhalten gebliebene Kopien von Plakaten vermitteln einen Einblick in seine Arbeit im gesamten Land Braunschweig.





In den Jahren 1947/1948 ist die antifaschistische Arbeit das Hauptfeld seiner politischen Tätigkeit<sup>5</sup>. Er ist Kreisvorsitzender der VVN in Braunschweig und gehört dem Landesvorstand an. Bereits vor Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei sammelt er die älteren Genossen um sich.<sup>6</sup> Mit ihnen zusammen tritt Robert Gehrke dieser 1968 gegründeten Partei bei und gehört bis zu seinem Tod am 19. Mai 1972 dem Kreisvorstand an.

Aus der folgenden Erklärung wird klar ersichtlich, welche Schlussfolgerungen der Kreis um Robert Gehrke gezogen hat, um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen. Für sie gab es keinen Zweifel: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Die Erklärung wurde von Robert Gehrke vorgetragen, als er sein Amt im Ernannten Braunschweigischen Landtag aufnahm.

<sup>5</sup> Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Interessenverband der Opfer des Faschismus.

<sup>6</sup> Heinrich Dörge, Oskar Vetter, Otto Böttcher, Paul Wunder, Hermann Wallbaum, Kurt Pollak, Walter Maaß, Hermann Mannek, Anna Beddies.

## Erklärung

Im Namen meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Nach dem militärischen, politischen, wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch des deutschen Faschismus steht das deutsche Volk vor der gewaltigen Aufgabe des Aufbaus eines neuen demokratischen Deutschlands.

Das traurige Erbe des Faschismus besteht aus einer Vielzahl zerstörter Produktionsstätten, zerstörter Städte und der Opferung von Abermillionen deutscher Menschen. Das gesamte Volkseinkommen wurde für die Kriegsfinanzierung verwendet. Die Gelder der kleinen Sparer sind auf dem Wege nach dem Atlantik, nach Stalingrad und zurück verpulvert. Die noch vorhandenen Reste der volkswirtschaftlichen Werte sind mit rund 675 Milliarden Mark Staatsschulden belastet. Die Währungsstabilität besteht nur noch als Stabilität der gebundenen Preise für bewirtschaftete Waren und für Löhne.

Auf deutschem Boden endete das Abenteuer der deutschen Aggressoren. Die Politik der Kriegsverbrecher mündete in Chaos.

Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft kann weder anknüpfen an die Grundsätze der faschistischen Wirtschaftsführung, noch an die Grundsätze der sogenannten freien Wirtschaft von vor 1933.

Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft muß unter veränderten Bedingungen im Rahmen einer neuen demokratischen Ordnung vollzogen werden.

Der Neuaufbau kann nur geleistet werden durch eine sinnvoll gesteuerte, den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und den Bedürfnissen des ganzen Volkes angepaßte Wirtschaftsplanung.

Die Selbstverwaltungen sind die Willensträger des Volkes und haben die Aufgabe der Planung. Die Wirtschaft führt – unter Wahrung der Eigeninitiative – die Planung durch. Der Rahmen der Wirtschaftsplanung muß allen zur positiven Aufbauarbeit bereiten Kräften der freien Wirtschaft Raum für eine freie wirtschaftliche Tätigkeit auf allen Gebieten des Neuaufbaus geben.

Die Wirtschaftsplanung muß abgestimmt sein auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Die entscheidende reale Substanz für den Neuaufbau der industriellen und gewerblichen Wirtschaft ist unter den heutigen Verhältnissen die menschliche Arbeitskraft, die verkörpert wird durch die Masse des werktätigen Volkes.

Die Gewerkschaften sind die Organisation der menschlichen Arbeitskraft. Sie müssen die volle Mitwirkung an jedem Produktionsobjekt haben. Die Gewerkschaftlichen haben den selbstverständlichen Anspruch, in der Wirtschaft überall als gleichberechtigter Faktor aufzutreten.

Das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften muß in allen Fragen des Betriebes und in allen Fragen der Wirtschaft eindeutig gesichert werden. Die Voraussetzung für jede Wirtschaftsplanung ist die Erfassung aller vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte nach einheitlichen Richtlinien und ihre Unterbringung in Arbeit.

Politische Voraussetzung für jeden Neuaufbau ist

die restlose Säuberung der Behörden, Verwaltungen und der gesamten Wirtschaft von allen aktiven Nationalsozialisten, Militaristen und Junkern,

Zerschlagung der wirtschaftlichen Basis der Militaristen und Imperialisten durch Loslösung der Konzernbetriebe von ihren Konzernleitungen,

Übergabe der losgelösten Betriebe in die Hände der Selbstverwaltungen der Städte, des Kreises oder des Landes.

Durchführung einer Bodenreform mit dem Ziel der Entmachtung der Junker und Militaristen.

Liquidierung der Monopole oder monopolartigen Gebilde, sowie aller Reichs-, Wirtschafts- oder Fachgruppen.

Übereignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher mit allen Rechten und Forderungen in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

Zur politischen Lage:

Wir sind Gegner der Zusammensetzung der Selbstverwaltungen nach Ständen, weil

1. Die Ständevertretung einer der wesentlichen Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie war. Mit Hilfe des Ausbaus der Ständeorganisation ist es dem Nationalsozialismus in den Jahren ihrer Herrschaft gelungen, den größten Teil des deutschen Volkes zu entpolitisieren und große Teile bis zum bitteren Ende an der Seite Hitlers zu halten.

2. Die Geschichte des braunschweigischen Parlamentarismus der letzten 100 Jahre hat zur Genüge bewiesen, daß eine Ständevertretung unfähig ist, großzügige Politik zu treiben, etwas Neues zu schaffen. Wir wünschen kein Wiederaufleben der „alten Bauernstube am Eiermarkt“, in der nur die etwas zu sagen hatten, die zu Hause die dicksten Kartoffeln ernteten. Die Ständevertretung war in der Vergangenheit immer ein Hort der Reaktion und wird es auch in der Zukunft sein.

3. Die Ständevertretung steht im Widerspruch zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, die als einzigen politischen Faktor nur die demokratischen politischen Parteien anerkennt, die für „ganz Deutschland zu erlauben und zu fördern sind“.

Aus diesen Betrachtungen heraus werden wir unsere Arbeit im Braunschweiger Landtage leisten. Wir fühlen uns als die Interessenvertreter des gesamten werktätigen Volkes und rufen alle aufbauwilligen Kräfte auf, mitzuhelfen am Neubau des demokratischen Deutschlands. Wir wissen, die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands kann nur gesichert werden durch die geeinte Kraft der Arbeiterklasse.

Durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, durch das Bündnis und die gemeinsame Arbeiter aller demokratischen Parteien.

Braunschweig, den 21. Februar 1946

Gehrke